

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag.^a Laura SACHSLEHNER, Mag. Manfred JURACZKA, Peter FLORIAN SCHÜTZ MA MLS, Marina HANKE BA, Nikolaus KUNRATH, Dr.ⁱⁿ Jennifer KICKERT, Mag.^a Bettina EMMERLING MSc, Thomas WEBER, Maximilian KRAUSS und Ing. Udo GUGGENBICHLER MSc, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.01.2021 zu Post 55 der Tagesordnung

betreffend Nationale Strategie gegen Antisemitismus

Vor dem Hintergrund steigender antisemitischer Tendenzen in Europa wurde unter dem österreichischen EU-Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2018 eine Ratserklärung verabschiedet, in der sich die Mitgliedsstaaten der EU zur gemeinsamen Bekämpfung von Antisemitismus bekennen. Darin werden alle EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, eine ganzheitliche Strategie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus als Teil ihrer Strategien zur Verhütung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Radikalisierung und gewaltbareitem Extremismus zu entwickeln und umzusetzen. Österreich gehört zu den ersten Mitgliedsstaaten, die nun eine fertig ausgearbeitete Strategie präsentieren können.

Die Strategie verfolgt das übergeordnete Ziel, den Fortbestand von jüdischem Leben in Österreich langfristig abzusichern, Antisemitismus in allen seinen Formen einzudämmen und Bewusstsein für das Erkennen alltäglichen Antisemitismus zu schaffen. Demgemäß wurden insgesamt 38 Maßnahmen in den folgenden sechs Bereichen ausgearbeitet: Bildung und Forschung, Sicherheit und Schutz jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen, effektive Strafverfolgung, Integration, Dokumentation und europaweiter Datenvergleich und Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Für die operative Koordinierung und Evaluierung der Maßnahmen zur Umsetzung der Nationalen Strategie wurde im Bundeskanzleramt mit Jänner 2021 eine eigene Stabsstelle eingerichtet.

Antisemitische Hasstiraden und Übergriffe nehmen auch in Wien auf beunruhigende Weise zu. Umso bedeutsamer sind vor diesem Hintergrund die nun gesetzten Maßnahmen der Bundesregierung. Aber auch die bereits seitens der Stadt Wien ins Leben gerufenen Initiativen wie die Errichtung des Campus der Religionen in der Donaustadt oder die breite Unterstützung und Förderung jüdischer Vereine, Projekte und Institutionen wie das Jüdische Museum Wien sind absolut begrüßenswerte Mittel im Kampf gegen den Antisemitismus. Es gilt, diese weiter zu intensivieren und auszubauen.

Erfahrungen zeigen, dass konkrete Dialogprojekte und deren Förderung besonders wirksam sind, wenn es darum geht, jüdische Stereotypen abzubauen sowie rassistische Tendenzen zu bekämpfen. Vorbildhaft ist dabei etwa das Projekt „Likrat“ der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG Wien): Dabei treffen sich jüdische Jugendliche mit Gleichaltrigen verschiedenster Herkunft und klären diese über das Judentum auf. Eine verstärkte Unterstützung dieser Initiative, ist vor diesem Hintergrund wünschenswert.

Darüber hinaus gibt es seit einigen Jahren die Initiative der sogenannten „Steine der Erinnerung“, also Gedenktafeln für Verfolgte der nationalsozialistischen Herrschaft, die bei Gebäuden, wo Jüdinnen und Juden vor der Shoa gewohnt haben, oder wo ihre kulturellen

Institutionen waren, im Gehsteig eingelassen sind. Eine anteilmäßige Kostenübernahme durch die Stadt Wien bzw. eine entsprechende Förderung der Errichtung zukünftiger Schrifttafeln zur Erinnerung an die Opfer der Shoah wäre erstrebenswert.

Schließlich gab es in der Vergangenheit immer wieder Ausstellungen, Vorträge und Lesungen in diversen Bezirksmuseen zur Erinnerung an das seinerzeitige jüdische Leben in den jeweiligen Stadtteilen. Zur weiteren und verstärkten Sichtbarmachung jüdischer Kultur sollen diese Konzepte im Rahmen der Initiative „Bezirksmuseum reloaded“ ausgebaut und auf weitere Bezirksmuseen ausgeweitet werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat unterstützt ausdrücklich die Nationale Strategie gegen Antisemitismus der Bundesregierung und ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien, ihrerseits Maßnahmen zu intensivieren und auszubauen, um den Fortbestand von jüdischem Leben in unserer Stadt langfristig abzusichern, Antisemitismus in allen seinen Formen einzudämmen und Bewusstsein für das Erkennen alltäglichen Antisemitismus zu schaffen. Insbesondere sollen dabei folgende Vorschläge Berücksichtigung finden:

- Unterstützung von Initiativen zur Bewusstseinsbildung wie zum Beispiel des Dialogprojekts „Likrat“ der IKG Wien
- Förderung der Errichtung neuer „Steine der Erinnerung“ zur Erinnerung an die Opfer der Shoa
- Ausweitung von Ausstellungen und Vorträgen zur Sichtbarmachung jüdischer Stadtkultur in den jeweiligen Bezirksmuseen

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 28.01.2021